

# BfGT

Bürger für Gütersloh e. V.

- Ratsfraktion -

Haushaltsrede 2010

---

Jedes Jahr gibt unsere Fraktion ihrer Haushaltsrede ein Motto. Für dieses Jahr lieferte uns die CDU eine Steilvorlage. Vielen Dank. Heute heißt es also:

## „Ernst nehmen...“

„Wir nehmen ihren Sparwillen nicht ernst“ sagte Dr. Förster am Dienstag in der Finanzausschusssitzung und unsere Vorschläge wurden von der CDU mit großem Gelächter verhöhnt. Auch der grüne Plattformpartner sprach von unseriösen Plänen. Erstaunlich jedoch ist, dass sich gerade unsere Gedanken und Anregungen, die wir bereits Anfang letzten Jahres zum Thema Finanzierung der Theaterfolgekosten durch Ausgliederung in eine Genossenschaft einbrachten, in den Arbeitspapieren und Wahlaussagen von CDU und GRÜNEN sowie dem Plattform-Plus-Papier wieder finden. Die GRÜNEN gehen sogar bereits einen Schritt weiter und wollen jetzt die Weberei als Genossenschaftsmodell initiieren. Das ist doch nicht unseriös, Herr Mantovanelli. Im Gegenteil sogar ebenfalls eine gute Idee. Das Kulturparkhaus finanziert durch private Investoren. Auch die GRÜNEN sprechen sich für diese Finanzierungsmöglichkeit aus, um dadurch den städtischen Haushalt zu entlasten. Unseriös? Erst Recht nicht unser Vorschlag zur Abführung von Sparkassengewinnen: Auf einer Tagung des Arbeitskreises der Kämmerer NRW sagte NRW-Finanzminister Dr. Linssen (CDU):

„Der Träger der Sparkasse, also die Kommune oder der Zweckverband, soll frei darüber entscheiden können, ob er den Jahresüberschuss in der Sparkasse belässt oder ausschüttet. Der Verwaltungsrat kann vorweg Teile des Jahresüberschusses den Rücklagen der Sparkassen zuführen und damit dem Träger – in unserem Fall die Stadt Gütersloh - vor-enthalten. Faktisch wird daher wenig, eigentlich gemessen am Gesamtvolumen so gut wie gar nicht ausgeschüttet.“

Das war in Gütersloh bisher die ungeschriebene Regel. Weiter sagte er:

„Mit der Möglichkeit der vollständigen Teilhabe am wirtschaftlichen Erfolg würde die Stellung der Kommunen deutlich gestärkt. Das Gesetz gibt vor, dass die zufließenden Mittel für alle am Gemeinwohl orientierten Aufgaben und Zwecke der Kommune verwendet werden dürfen. Daher können künftig Ausschüttungen auch zur Schuldentilgung oder für Infrastrukturmaßnahmen verwendet werden, was bisher nicht zulässig war.“

Das muss in Zukunft auch in Gütersloh möglich sein und umgesetzt werden!

Wir, von der BfGT Fraktion, haben den NRW-Finanzminister ernst genommen. Sie von der CDU Gütersloh bisher nicht! Statt dessen machen Sie sich darüber lustig, lachen über Gesetze und Ausführungen ihres eigenen Parteikollegen.

Im Rahmen einer kleinen Anfrage erklärte der Landtag, dass in z. B. im Jahre 2004 19 NRW Sparkassen ca. 24,7 Millionen € an ihre Träger ausgezahlt haben. Tendenz stark steigend. Aktuelle Zahlen gibt es aus Bochum: Dort wird die Sparkasse aus dem Jahresüberschuss 2009 über 6,5 Millionen € abführen. In Hagen werden es z. B. über 1,5 Millionen € sein. Wir könnten noch viele andere Beispiele nennen, jedoch wollen wir uns jetzt weiter dem Gütersloh Haushalt widmen.

BfGT Bürger für Gütersloh e. V.

Wir Bürger werden mitbestimmen!

Nehmen Sie also auch unsere Vorschläge ernst, denn Ihre eigenen sind auch nicht der Weisheit letzter Schluss.

Seit Jahren beantragt die BfGT Fraktion im Rahmen der Haushaltsberatungen Einsparungen im Bereich der Verwaltung. Diese Vorschläge wurden Jahr für Jahr aufs neue von der politischen Mehrheit abgelehnt. Im Rahmen der Haushaltskonsolidierung 2009 unterbreite-te unsere Fraktion z. B. Sparvorschläge in Höhe von ca. 7,6 Millionen €. Durch Erhöhung von Bußgeldern (Ordnungsdelikte etc.), Reduzierung der Gutachtenvergabe, Überprüfung der Versicherungsverträge sowie Zusammenlegung von Dezernaten + Fachbereichen hät-ten weitere Einsparungen erzielt werden können. Auch diese Vorschläge wurden belächelt, nicht ernst genommen und abgelehnt.

Gerne schieben Kommunen und Kommunalpolitiker heute die Schuld an dem finanziellen Desaster Land und Bund zu. Zum Teil ist das richtig, doch auch nur zum Teil. Die Krise ist genauso hausgemacht. Auch in unserer Stadt!

Bei Verabschiedung der Haushalte 2003 und 2004 hat die BfGT Fraktion einen großen Fehler begangen. Warum? Wir haben den Haushalten zugestimmt, um die drohende Haushaltssicherung zu vermeiden. Das war falsch! Warum? Damals wie Heute betonten Spre-cher der Fraktionen und der Verwaltung immer wieder, die lokale Handlungsfreiheit, den politischen Spielraum bzw. Gestaltungsrahmen behalten zu müssen. Warum wissen wir in-zwischen durch die Beschlüsse zur Errichtung von Millionen teuren Bauprojekten. Die Haushaltssicherung 2003 oder 2004 hätte unseren Bürgern im nachhinein wesentlich weni-ger geschadet, als die radikalen drastischen Maßnahmen, die jetzt und in den kommenden Jahren die Bürger belasten werden. Im Gegenteil. Eine Haushaltssicherung zum damaligen Zeitpunkt wäre sogar vorteilhaft für unsere Stadt gewesen und die politische Mehrheit hät-te gelernt, wie man rechtzeitig hätte Sparen können.

Jahr für Jahr forderten, beantragten wir den Schuldenabbau. Besonders in den so genann-ten „fetten Jahren“ 2006 und 2007. Wir stellten unsere Haushaltsrede 2007 unter das Mot-to: „Wer soll das bezahlen?“

Zitate aus der Rede:

„Klinikum – Bettenhaus Süd. 22 Millionen €. Sollte es nicht zu der angestrebten Fusion mit dem Klinikum Ravensberg und Rheda kommen, möchten wir nicht wissen, in welch tiefes Finanzloch wir dann fallen werden.“

„Bei den Zuschüssen für das Stadtmarketing, die Kreismusikschule, das Heimatmuseum, dem Verein Michaeliswoche und anderen hätten Einsparungen nicht nur für eine Haushalts-entlastung sondern auch für mehr Gerechtigkeit unter Antragstellern verschiedenster Be-reiche gesorgt.

„Die Bewältigung der Aufgaben ist eine organisatorische Frage, die im Umfeld der Bürger-meisterin zu lösen ist. Zusätzliche Personalkosten müssten bei einer effektiven Neustruktu-risierung gar nicht erst ausgegeben werden.

„Landauf, landab wird der Schuldenabbau propagiert, um den nachkommenden Generatio-nen nicht einen Schuldenberg zu hinterlassen, der überhaupt nicht mehr zu bewältigen ist.

# BfGT

Bürger für Gütersloh e. V.  
- Ratsfraktion -

---

In Gütersloh scheint diese Botschaft nicht angekommen zu sein. Die Befürworter dieser hoffentlich einmalig hohen Kreditaufnahme, begründen ihre Zustimmung mit der Schaffung neuer Vermögenswerte. Woher nehmen wir aber das Geld, um das neu geschaffene Vermögen zu unterhalten und erst Recht das Vorhandene zu erhalten?"

4,2 Millionen € für die Rathuserweiterung, die durch Aufgabe angemieteter Büroflächen nicht unerhebliche Einsparungen mit sich bringen sollte. Sollte, wohlgermerkt und was bis heute in dem angekündigten Umfang leider nicht geschehen ist.

Der Umbau der Welle: ca. 4 Millionen € . Heute liegen die Besucherzahlen weit hinter den damaligen Prognosen zurück.

Der ca. 30 Millionen € teure, nach Angaben der Verwaltung „solide“ finanzierte Theaterneubau nebst Umfeld, der aufgrund seiner einzigartigen Bedeutung für unsere Stadt zum unantastbaren Bauwerk erklärt wurde. Wohl Wissend, dass wir die Folgekosten in Millionenhöhe nicht finanzieren können, beantragt die Plattform überstürzt und kopflos nun eine Kürzung der jährlichen Zuschüsse um ca. 1 Millionen €. Statt unüberlegten Kahlschlag zu betreiben, fordert Sie die BfGT Fraktion auf, unsere Vorschläge ernst zunehmen und gemeinsam die Idee der Umwandlung in eine Genossenschaft zu konkretisieren.

Allein diese vier Projekte kosteten die Stadt ca. 60 Millionen €, obwohl es definitiv andere Lösungen gegeben hätte.

Aber Sie nahmen die Anregungen und Anträge der BfGT nicht ernst!

Jahrelang schienen sich die Mehrheitsfraktionen im Paradies zu wähen. Eva, unsere Bürgermeisterin, reichte immer wieder den Apfel in Form der Haushaltseinbringung und Adam, sprich die politischen Mehrheiten im Rat, ließ sich davon immer wieder aufs neue verführen, anstatt standhaft zu bleiben. Wer sich in all den Jahren immer wieder aufs Neue verführen ließ sollte nicht heute Verwaltung und Bürgermeisterin anklagen, nicht gehandelt zu haben. Die Entscheidungen zum Haushalt liegen einzig und allein in den Händen der Politik, wie ein Plattformpolitiker erst neulich vehement betonte.

In diesem Jahr stellen sich CDU, GRÜNE und UWG als Retter des Haushaltes dar und kritisieren andere Fraktionen, sich angeblich nicht an den Sparmaßen beteiligt zu haben. In diesem Zusammenhang muss sich Schwarz-Grün-Grau jedoch die Frage stellen lassen, wer die größte Gütersloher Finanzkrise seit dem Krieg überhaupt zu verantworten hat. Jahrelang stimmte die politische Mehrheit den Haushaltsentwürfen der Verwaltung zu und statt Schulden abzubauen, verbrauchten sie die Rücklage und erhöhten die Schulden von ca. 89 Millionen € (Ende 1999) auf über 120 Millionen € plus X zum Ende diesen Jahres. Die jährlichen Kreditzinsen sollen lt. aktueller städtischer Finanzplanung auf ca. 6 Millionen € steigen.

Die Verkleinerung der Ausschüsse wurde aufgrund machtpolitischer Interessen von CDU, GRÜNEN und UWG abgelehnt. Statt 9er Ausschüsse gibt es nun 16er Ausschüsse, obwohl die Haushaltslage bei der Konstituierung des neuen Rates bereits bekannt war. Dies nur am Rande.

# BfGT

Bürger für Gütersloh e. V.  
- Ratsfraktion -

---

Die Einsparvorschläge der BfGT Fraktion, einst abgelehnt und belächelt, finden sich heute teilweise in den Vorschlägen von Verwaltung und Politik wieder. Aus unserer Sicht jedoch zu spät.

Bundesfinanzminister Schäuble (CDU) warnte in der aktuellen Haushaltsdebatte des Bundestags davor, den Wirtschaftsaufschwung kaputt zu sparen.

Wir, von der BfGT Fraktion, nehmen den Bundesfinanzminister ernst. Sie von der CDU Gütersloh nicht!

Die von der politischen Mehrheit hier im Rat in all den Jahren gebetsmühlenartig vorgetragenen Appelle zum Schuldenabbau, zum Sparen, die mahnenden Worte, zukünftige Generationen nicht zu belasten, waren alles nur Lippenbekenntnisse und leere Worthülsen.

Die Sprüche von „Generationengerechtigkeit, der Zukunft für unsere Kinder und Kindeskin- der, dem gesunden haushaltswirtschaftlichen Zustand unserer Stadt“, all das waren Schön- redereien, um die Bürger immer wieder aufs Neue zu beruhigen. Noch im Kommunalwahl- kampf hatten wir auf die immensen finanziellen Probleme hingewiesen, doch einige Partei- en und Mitglieder der Verwaltung wollten es vor dem Wahltag nicht wahrhaben.

Die Plattformfraktionen meinen, alles besser zu wissen und richtige Entscheidungen zu tref- fen. Warum hörten Sie nicht auf die Sportvereine, die eigene Vorschläge zur Haushaltskon- solidierung einbringen wollten. Warum wurde die Entscheidung zur Gebührenerhöhung bei den Kitas, zur Änderung der Blocköffnungszeiten ohne Rücksprache mit den Elternbeiräten getroffen. Warum sollen die Bürger im Rahmen des Bürgerhaushaltes 2011 nur Sparvor- schläge einreichen?

Es gibt bestimmt auch andere Ideen, die vorgeschlagen werden können. Wenn man die Bürger denn lässt und vor allem, wenn man sie ernst nimmt!

Nicht ernst genommen wurden auch die Vorschläge der Stadtbibliothek oder der Kompro- missvorschlag der Verwaltung. Die GRÜNEN waren am Überlegen, doch das schroffe Nein, besonders von CDU und UWG machten der kurz aufflammenden Hoffnung ein Ende. Die drastischen Kürzungen bei der Stadtbibliothek gefährden die Strukturen der Einrichtung sowie der Schulbibliotheken im Besonderen. 16.281 Unterzeichner eines Protestaufrufes, der sich gegen die radikalen Einschnitte richtete, dürfen in einer Zeit, in der vermehrt von intensiver Bürgerbeteiligung geredet wird, nicht ignoriert werden. Im Rahmen der Einwoh- nerversammlung zum Haushalt im Februar wurde in der Werkstatt Soziales, Jugend und Bildung mehr als deutlich von den Anwesenden Bürgern darauf hingewiesen, dass Güters- loh in diesen Bereichen nicht sparen darf und keine gewachsenen Strukturen zerschlagen werden dürfen. Bezeichnen Sie das als Mitbestimmung, wenn Sie geballte Bürgermeinung trotz „Angebot zum Mitmachen“ einfach ignorieren? Dann muss man Veranstaltungen dies- er Art demnächst leider nur noch als Alibi-Versammlungen betrachten. Unsere schulpoliti- sche Sprecherin, Chris Ziegele, hat im Rahmen der Kürzungen für die Stadtbibliothek aus einem Leserbrief der Klasse 11 des städtischen Gymnasiums zitiert. Hier ein weiteres Zitat, dass die Enttäuschung, den Frust, die Traurigkeit in vollem Umfang wieder spiegelt:

„Am Ende entstand die Entscheidung über die Köpfe der Protestierenden hinweg. Was inte- ressiert schon die Stimme des Volkes, der Bürger – oder gar der Jugendlichen? Das hat ja schon Tradition in Gütersloh.“

BfGT Bürger für Gütersloh e. V.

Wir Bürger werden mitbestimmen!

# BfGT

Bürger für Gütersloh e. V.  
- Ratsfraktion -

---

Warum hat das Tradition in Gütersloh? Weil die CDU seit Jahren die stärkste Fraktion stellt und Mehrheitsbündnisse und Plattformen bildet, um im Wesentlichen nach Ihrem Stil die Geschicke unserer Stadt lenken zu können. Wo bleiben dabei die grünen Ideale, die Grundsätze, für die die GRÜNEN vor 30 Jahren angetreten sind und für die sie gekämpft haben? Wo bleiben Ihre Bekenntnisse zur Bildung und zur Jugend?

Die BfGT Fraktion hält Streichungen und Kürzungen in den Bereichen Bildung, Kultur + Sport und Jugend in dieser Größenordnung für unverhältnismäßig und zugleich Struktur gefährdend für Vereine und Institutionen. Die Einsparungen von heute werden Mehrausgaben in der Zukunft auszulösen. Wie hoch würde der städtische Haushalt zusätzlich belastet, wenn die Präventionsarbeit z. B. der Sportvereine und der Jugendverbände nicht mehr in dem bisherigen Umfang durchgeführt werden kann.

Die von den Kürzungen im Bereich Kultur Betroffenen gehören zum festen Bestandteil der heimischen Kulturszene. Die Kürzungsbeschlüsse der Plattform widersprechen zweifelsohne dem auch von CDU, GRÜNEN und UWG im Fachausschuss beschlossenen Ziel, „Gütersloh stärkt die freie Kulturarbeit“.

Weitere auch von der Plattform mit getragenen Ziele z. B. im Teilplan Jugend würden aufgrund Ihrer Streichbeschlüsse ad absurdum geführt: „Familien und Bildungsfreundlichkeit“, „angemessene Kosten für Kinderbetreuung“ oder im Bereich Sport „Gütersloh hält sich an den Pakt für den Sport“.

Hochgesteckte Ziele, die zur Farce werden, wenn die dafür benötigten Mittel gekürzt, gestrichen oder die Angebote der Stadt durch Anhebung oder Einführung von Gebühren drastisch erhöht werden.

In diesem und auch noch in den nächsten Jahren müssen die Bürger die Rechnung bezahlen, die Sie als politische Mehrheit im Rat der Stadt Gütersloh in all den Jahren verursacht haben. Wie wir bereits in den Vorjahren immer wieder betonten, sind wir sicher, dass dies nicht die letzte Sparrunde war, die Sie aufgrund Ihrer Versäumnisse den Bürgern zumuten. Diesmal werden die Bürger bestimmt die Rechnungen aufheben und der Ratsmehrheit im richtigen Augenblick ihre Quittung präsentieren.

Die BfGT Fraktion lehnt den Haushalt 2010 ab.

Für die Entscheidungen von CDU, GRÜNEN und UWG, zum Teil auch der FDP in den Bereichen Bildung, Familie, Jugend, Kultur und Sport können wir zum Abschluss nur eine Ziffer, besser eine Note vergeben:

## **6 - Setzen!**

BfGT Ratsfraktion

Bürger für Gütersloh e. v.

Stand per: 18.03.2010

Änderungen - je nach Wortbeitrag der anderen Fraktionen - vorbehalten.